



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 216/GP

14.11.2017

Huml für besseres Zusammenspiel von niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern - Bayerns Gesundheitsministerin: Regionale Bedürfnisse orientieren sich nicht an Sektorengrenzen - Potenzial für die Versorgung im ländlichen Raum

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml will ein besseres Zusammenspiel von niedergelassenen Ärzten, Krankenhäusern und anderen Akteuren des Gesundheitswesens erreichen. Huml betonte am Dienstag in München anlässlich des 3. Kongresses der "Gesundheitsregionen plus", der am Mittwoch in Günzburg beginnen wird: "Für eine optimale Versorgung müssen die regionalen Bedürfnisse im Vordergrund stehen und nicht historisch gewachsene Strukturen. Wir brauchen eine offene Debatte darüber, welche Behandlungen wo am besten aufgehoben sind. Denn je besser ambulante und stationäre Lösungen ineinandergreifen, desto besser ist die Versorgung für die Zukunft aufgestellt."

Die Ministerin fügte hinzu: "An der Schnittstelle zwischen ambulanter und stationärer Versorgung sehe ich erhebliches Potenzial, um das Gesundheitssystem zu verbessern und fortzuentwickeln. Hier setzen unsere erfolgreichen 'Gesundheitsregionen plus' an. Der Brückenschlag funktioniert am ehesten dann, wenn sich die Akteure gut kennen und vertrauensvoll zusammenarbeiten."

Auf Landesebene beschäftigt sich das Gemeinsame Landesgremium mit Fragen der sektorenübergreifenden Versorgung. Dort sind neben dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege die wesentlichen Akteure des Gesundheitswesens vertreten, darunter auch die Kommunalen Spitzenverbände.

Huml ergänzte: "Kooperationen im Gesundheitswesen sind notwendig und werden immer mehr unsere Versorgungslandschaft prägen. Die 'Gesundheitsregionen plus' sind gute Beispiele für den Weg der Zukunft: Weg vom Konkurrenzdenken – hin zur sektorenübergreifenden Zusammenarbeit und hin zu einer Abstimmung der Versorgungsangebote. Das greift auch der Kongress in Günzburg ideal auf."

Das bayerische Gesundheitsministerium fördert Landkreise und kreisfreie Städte, die "Gesundheitsregionen plus" bilden, mit bis zu 250.000 Euro je Region. Aufgabe der "Gesundheitsregionen plus" ist es, Akteure zu vernetzen, die auf kommunaler Ebene bei der gesundheitlichen Versorgung und Prävention eine wesentliche Rolle einnehmen. Ziel ist es, die Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsversorgung in der Region weiter zu verbessern.